

Öffentliche Bekanntmachung

Es findet eine Sitzung des Orsrates Erbach am Donnerstag, 28.05.2026 um 19:00 Uhr, Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10, 66424 Homburg statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung der Sitzung
- 2) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.01.2026
- 3) Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 des Orsrates Erbach
- 4) Antrag der CDU-Fraktion: Instandsetzung des Parkplatzes Berliner Straße
- 5) Antrag der CDU-Fraktion: Umgestaltung der Bushaltestelle in Höhe des Netto Marktes in der Berliner Straße
- 6) Antrag der CDU-Fraktion: Pflege der Grün- und Pflanzenfläche in Höhe eines Wohn- und Geschäftshauses Tempelhofer Straße
- 7) Antrag der SPD-Fraktion: Baumgruben Am Hochrech
- 8) Unterrichtungen
 - 8.1) Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum
 - 8.2) Sanierung Sportzentrum Erbach
- 9) Allgemeine Unterrichtungen

Nichtöffentlicher Teil

- 10) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 15.01.2026
- 11) Allgemeine Unterrichtungen

Markus Uhl
Ortsvorsteher

2026/0252/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Markus Uhl



Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 des Orsrates Erbach

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Erbach (Entscheidung)	28.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die nachfolgenden Vorschläge für das Haushaltsjahr 2027 umsetzbar sind:

- a)
- b)
- c)

Sachverhalt

Bis Mitte Juli werden die Fachämter und Fachabteilungen gebeten, die Mittelanmeldungen bei der Kämmerei einzureichen. Damit die Vorschläge der Ortsräte in der Haushaltsansatzplanung berücksichtigt werden können, müssen diese formuliert und als Prüfauftrag beschlossen werden. Das Hauptamt leitet diese Prüfaufträge an die Fachämter und Fachabteilungen weiter. Diese prüfen die Umsetzbarkeit der Vorschläge, ermitteln die Kosten und lassen sie in die Mittelansatzplanungen (laufende Verwaltung beziehungsweise investive Maßnahmen) einfließen.

Die Fachämter und Fachabteilungen können nach der Haushaltsklausurtagung zu den Beschlüssen Stellung nehmen, indem sie die Ortsräte darüber informieren, in welchem Haushaltsjahr Haushaltsmittel veranschlagt sind und wann gegebenenfalls eine Umsetzung der Maßnahme erfolgen kann.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine

2026/0322/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: CDU-Fraktion



Antrag der CDU-Fraktion: Instandsetzung des Parkplatzes Berliner Straße

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Erbach (Entscheidung)	28.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung um Prüfung der Möglichkeit der Instandsetzung des Parkplatzes in der Berliner Straße neben der KSK Saarpfalz.

Sachverhalt

siehe Antrag der CDU-Fraktion.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Instandsetzung Parkplatz (öffentlich)

An den Ortsvorsteher
Herrn Markus Uhl

Homburg-Erbach, 11. Mai 2026

Antrag auf Instandsetzung des Parkplatzes Berliner Straße (neben KSK Saarpfalz)

Die CDU Fraktion beantragt, den Parkplatz neben der KSK Saarpfalz instand zu setzen.

Begründung:

Der Parkplatz neben der KSK befindet sich in einem schlechten Zustand. So weist er viele Schlaglöcher auf. Da der Parkplatz viel genutzt wird, beantragen wir die Instandsetzung des Parkplatzes.

Für den CDU-Fraktion im Ortsrat Erbach

Lisa Ansth-Fuchs
Fraktionsvorsitzende

2026/0323/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: CDU-Fraktion



Antrag der CDU-Fraktion: Umgestaltung der Bushaltestelle in Höhe des Netto Marktes in der Berliner Straße

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Erbach (Entscheidung)	28.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung um Prüfung, ob die Bushaltestelle in Höhe des Netto Marktes in der Berliner Straße durch eine Überdachung und der Installation von Sitzflächen und Mülleimern erweitert sowie behindertengerecht ausgebaut werden kann.

Sachverhalt

siehe Antrag der CDU-Fraktion.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Umgestaltung Bushaltestelle (öffentlich)

An den Ortsvorsteher
Herrn Markus Uhl

Homburg-Erbach, 14. Mai 2026

Antrag auf behindertengerechte Umgestaltung der Bushaltestelle in Höhe des Netto Marktes in der Berliner Straße

Die CDU Fraktion im Ortsrat Erbach beantragt, die behindertengerechte Umgestaltung der Bushaltestelle in Höhe des Netto-Marktes, Berliner Straße 82 in Erbach.

Begründung:

Die Bushaltestelle ist lediglich durch ein entsprechendes Schild gekennzeichnet. Es gibt keine Sitzflächen zur Überbrückung der Wartezeit und auch keine Überdachung.

Die CDU Fraktion begrüßt, wenn die Bushaltestelle für die wartenden Bürger entsprechend erweitert wird und behindertengerecht ausgebaut wird. Eine Überdachung, die Installierung von Sitzflächen sowie Mülleimer werden als notwendig erachtet.

Für den CDU-Fraktion im Ortsrat Erbach

Lisa Anstäh-Fuchs
Fraktionsvorsitzende

2026/0324/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: CDU-Fraktion



Antrag der CDU-Fraktion: Pflege der Grün- und Pflanzenfläche in Höhe eines Wohn- und Geschäftshauses Tempelhofer Straße

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Erbach (Entscheidung)	28.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung um Prüfung, ob die Bepflanzung der Grün- und Pflanzenfläche in Höhe des Wohn- und Geschäftshauses Tempelhofer Straße 1 zur Verschönerung des Ortsbildes entsprechend gepflegt und angelegt werden kann.

Sachverhalt

siehe Antrag der CDU-Fraktion.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Grünfläche Tempelhofer Straße (öffentlich)

An den Ortsvorsteher
Herrn Markus Uhl

Homburg-Erbach, 14. Mai 2026

Antrag auf Überprüfung der Eigentumsrechte und ggf. Pflege der Grün- und Pflanzenfläche in Höhe des Wohn- und Geschäftshauses Tempelhofer Straße 1, Erbach

Die CDU Fraktion beantragt, dass die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, ob die Grün- und Pflanzenfläche in Höhe des Wohn- und Geschäftshauses Tempelhofer Straße 1 im Eigentum der Stadt Homburg ist und bei entsprechendem Vorliegen dieser Eigentumssituation die Bepflanzung zur Verschönerung des Ortsbildes entsprechend zu pflegen und anzulegen.

Begründung:

Vor dem o.g. Wohn- und Geschäftshauses befindet sich eine angelegte Bepflanzung, welche aber nicht mehr gepflegt wird und entsprechend aussieht.

Für den CDU-Fraktion im Ortsrat Erbach

Lisa Ansthäth-Fuchs
Fraktionsvorsitzende

2026/0328/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Baumgruben Am Hochrech

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Erbach (Entscheidung)	28.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung um Prüfung, ob eine Wiederbepflanzung der Baumgruben in der Straße Am Hochrech stattfinden kann. Weiterhin bittet der Ortsrat, die sich lösenden Steine der Randeinfassung wieder zu befestigen.

Sachverhalt

siehe Antrag der SPD-Fraktion.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Baumgruben Am Hochrech (öffentlich)

SPD Fraktion im Ortsrat Erbach

Herrn Ortsvorsteher
Markus Uhl
Moabiter Straße 20

66424 Homburg/Saar

Homburg/Saar, den 19.05.2026

Betr.: Antrag der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Uhl,

ich bitte um die Berücksichtigung des folgenden Antrags in der nächsten Sitzung des Erbacher Orsrates am 28.05.2026.

Antrag auf Überprüfung der Zuständigkeit der verwehrlosten Baumgruben in der Straße Am Hochrech nach Baumfällarbeiten/Grünschnittarbeiten und ggf. Wiederbepflanzung der Flächen

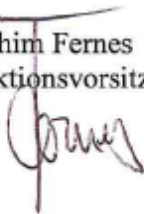
Nach Baumfällarbeiten vor einigen Monaten verwehrlosten mindestens 2 Baumgruben in der Straße Am Hochrech und beeinträchtigen das Ortsbild. Mehrere Steine lösen sich von der Randeinfassung und bilden eine potenzielle Gefahr für die Anwohner_innen der Straße.

Die SPD-Fraktion bittet diesbezüglich um dringende Klärung der Zuständigkeit und um zügige Behebung des Missstandes und im besten Fall durch eine adäquate Wiederbepflanzung der Areale.

Wir bitten diesen Punkt in die nächste Sitzung des Orsrates aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Fernes
(Fraktionsvorsitzender)





Ort: Am Hochrech kurz hinter der Kreuzung zum Westring

2026/0289/100

öffentlich

Informationsvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Die Ortsvorsteherin/Der Ortsvorsteher



Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Einöd (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö
Ortsrat Erbach (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö
Ortsrat Wörschweiler (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö
Ortsrat Kirrberg (Kenntnisnahme)	02.06.2026	Ö
Ortsrat Beeden (Kenntnisnahme)	02.06.2026	Ö
Ortsrat Jägersburg (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö
Ortsrat Reiskirchen (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö
Ortsrat Schwarzenbach (Kenntnisnahme)	08.06.2026	Ö
Ortsrat Homburg (Kenntnisnahme)	08.06.2026	Ö

Sachverhalt

In seiner Sitzung vom 26. März 2026 hat der Stadtrat auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, dass die Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum überprüft werden soll, um schlecht beleuchtete Wege oder Plätze zu erfassen. Ebenfalls beschlossen wurde die Einbeziehung aller Ortsräte, da diese am besten wissen, welche Stellen in ihrem Gemeindebezirk schlecht oder unzureichend beleuchtet sind und dementsprechend einer Verbesserung bedürfen.

Gemäß § 73 Absatz 2 Satz 3 KSVG soll der Ortsrat zu denjenigen Fragen Stellung nehmen, die ihm vom Gemeinderat, einem Ausschuss oder vom Oberbürgermeister vorgelegt werden.

Die Ortsräte werden daher gebeten, bis zur nächsten Sitzungsrunde Ende August 2026 die schlecht beleuchtete Wege und Plätze in ihrem Gemeindebezirk zu erfassen und der Verwaltung mitzuteilen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Niederschriftsauszug SR 26.03.2026 (öffentlich)



Beschlussauszug

Sitzung des Stadtrates vom 26.03.2026

Öffentlicher Teil

Top 5 Antrag der SPD-Fraktion: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum – Dunkle Wege und Plätze erfassen und Beleuchtung verbessern

RM Lohel erklärt, die Bürger fühlten sich unsicher, insbesondere gehe es um Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Sicherheit im öffentlichen Raum sei Grundvoraussetzung für Teilhabe, Freiheit und Lebensqualität. Gerade im Umfeld des Bahnhofes sei das ein Problem. Hier gebe es zahlreiche Defizite. Solche Mängel ließen sich in allen Stadtteilen finden. Der Ortsvorsteher von Einöd habe bereits dunkle Orte gemeldet. Alle Ortsräte würden sich schon länger mit der Thematik beschäftigen. Man schlage daher ein systematisches Vorgehen vor. Auch dort, wo die Zuständigkeiten beispielsweise bei der Deutschen Bahn lägen, solle die Stadt Verbesserungen einfordern. Sicherheit im öffentlichen Raum betreffe insbesondere Frauen. Daher habe man den Antrag bewusst im März, im Monat des Internationalen Frauentages, eingebracht. Niemand solle sich in Homburg unsicher fühlen müssen, weil es zu dunkel sei.

RM Christine Maurer erklärt, dass Frauen sich nicht gehört fühlten. Diese würden unsichtbar gemacht. Auf der Homepage der Stadt gebe es auf Fotos eine Überzahl von Männern.

RM Stolz-Fernandez erklärt, der Weltfrauentag sei zwar am 08. März, Gleichberechtigung müsse allerdings das ganze Jahr über stattfinden. Hierbei sei die Sicherheit ein zentraler Teil von Gleichberechtigung. Sicherheit sei kein Privileg, sondern ein Grundrecht. Männer würden sich kaum Gedanken um Sicherheit machen, für Frauen gehörten Gedanken hieran allerdings zum Alltag. Straßenlampen seien defekt und Parkplätze und Wege dunkel. Man habe sich die politische Teilhabe und die Gleichberechtigung erkämpft und müsse diese aktiv weiter gestalten. Auf kommunaler Ebene müsse man alles so gestalten, dass sich jeder sicher fühlen könne. Es gehe nicht nur um Symbolpolitik, sondern um konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen in Homburg.

Der Bürgermeister erklärt, es gehe um die Sicherheit aller Menschen. Die Stadt Homburg sei Mitglied in der LEG. Mit der Thematik müsse man sich intensiv beschäftigen. Gemeinsam mit dem Beigeordneten Fuchs müsse man sich Gedanken ma-

chen.

RM Rippel sagt, Sicherheit sei ein Menschenrecht und gehe alle an. Sicherlich betreffe diese Problematik mehr Frauen als Männer. Homburg sei allerdings kein Hotspot diesbezüglich. Da es um das gesamte Stadtgebiet gehe, müsse man die Ortsräte mit einbinden. Subjektive Sicherheit bedeute auch Sauberkeit. Er hätte gern wieder den Trupp „Saubere Stadt“ des Baubetriebshofes. Man müsse den Kommunalen Ordnungsdienst weiter stärken. Die Umstellung der Beleuchtung auf LED sei wichtig gewesen. Auch auf dem Gelände der Uniklinik sei es hinsichtlich der Beleuchtung problematisch. Hier müsse man mit dem Land in Gespräche treten.

RM Spaniol berichtet, dass die Stadt stark nachgerüstet habe. Man müsse für eine bessere Ausleuchtung sorgen. Man brauche ein Konzept, wie Leute sich an Orten im öffentlichen Raum sicherer fühlen können. An diesen dunklen Stellen seien sogenannte Angsträume entstanden, die man nicht mehr aufsuche. Es gehe nicht nur um die Beleuchtung. Insgesamt gehe es hierbei um das Thema Stadtentwicklung. Man solle diesen Antrag in die Ortsräte verweisen und Lösungen finden.

RM Loew sagt, es handele sich um eine Mammutaufgabe für die Verwaltung. Daher unterstütze er ausdrücklich eine Verweisung in die Ortsräte. Maßnahmen, die geeignet seien, die öffentliche Sicherheit zu verbessern, würde man grundsätzlich unterstützen.

RM Eckardt sagt, man dürfe dieses Thema nicht zugunsten eigener Interessen ausschlagen.

RM Bruch sagt, man dürfe das Thema nicht kleinreden. Man müsse dies weiter in den Ortsräten und dem Ausschuss bearbeiten. Diese Thematik betreffe nicht bloß die Innenstadt.

RM Uhl erklärt, dass die Ortsräte die dunklen Orte und auch die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger, die bei übermäßiger Beleuchtung kämen, kennen würden. Beispielsweise sei die Beleuchtung am Zebrastreifen in der Steinbachstraße bereits länger defekt.

RM Piazzolo findet, man müsse hier die Menschen fragen, die vor Ort seien. Diese würden ihren Ort am besten kennen. Vulnerable Gruppen seien am stärksten betroffen. Hier müsse man eine Priorisierung vornehmen.

RM Eckhardt berichtet, dass der Ortsrat Homburg schon öfter Anträge bezüglich nicht funktionierender Lampen gestellt habe.

RM Kaya-Karadag findet es gut, dass das Thema positiv begleitet würde. Man sei auf einer höheren Ebene, als wenn dieses Thema nur in den Ortsräten besprochen würde und habe so eine größere Reichweite. Man wisse, dass es in der Stadt dunkel sei. Dies betreffe die gesamte Stadt. Man müsse das Thema also größer aufziehen. Sie sei enttäuscht, dass sich der Beigeordnete für Sicherheit nicht zu dem Thema geäußert habe.

RM Rippel findet, ein Wortbeitrag vom Beigeordneten Fuchs sei nicht unbedingt erforderlich. Er selbst spreche schließlich für die gesamte Fraktion. Man werde RM Fuchs natürlich einbinden.

RM Conigliaro sagt, er sei erfreut, dass die Zustimmung groß sei. Man wolle dem Vorschlag folgen und mit dem Antrag eine Runde durch die Ortsräte drehen.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung unter Einbeziehung aller Ortsräte

1. Eine Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum vorzulegen und insbesondere schlecht oder unzureichend beleuchtete Wege, Plätze und Aufenthaltsbereiche im Stadtgebiet systematisch zu erfassen.

2. Dabei insbesondere Bereiche mit hohem Publikumsverkehr zu berücksichtigen, unter anderem:

- das Bahnhofsumfeld
- Wege zu Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs
- Unterführungen, Fußwege und Parkanlagen, Park- und Aufenthaltsflächen
- öffentliche Plätze

sowie

3. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme dem Stadtrat ein konkretes Maßnahmenkonzept zur Verbesserung der Beleuchtung vorzulegen. Dieses soll Prioritäten, Zeitplan sowie eine Kostenschätzung enthalten.

4. Im Rahmen dieses Konzepts insbesondere zu prüfen, in welchen Bereichen eine Nachrüstung oder Verbesserung der Beleuchtung mit moderner, energieeffizienter LED-Technik zeitnah umgesetzt werden kann.

5. Dort, wo Flächen nicht in der originären Zuständigkeit der Stadt liegen – insbesondere im Verantwortungsbereich der Deutschen Bahn – gegenüber den zuständigen Stellen konkrete Verbesserungen der Beleuchtung einzufordern und sich nachdrücklich für eine zeitnahe Umsetzung einzusetzen.

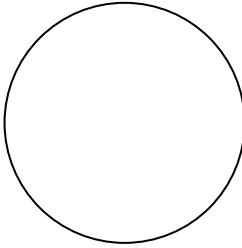
6. Dem Stadtrat zeitnah über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme sowie über die vorgesehenen Maßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Homburg, den 18. Mai 2026

Kreisstadt Homburg
Der Oberbürgermeister



2026/0325/100

öffentlich

Informationsvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Markus Uhl



Sanierung Sportzentrum Erbach

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Erbach (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö

Sachverhalt

Der Ortsvorsteher trägt vor.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine